Nr. 5. 9. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 2955) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus.
Verantwortlicher Redaktör: R. Stenzel in Hamburg.

Sonntag, den 6. Januar 1895.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaux.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage und das illustrirte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“.

Sozialreform à la Périer.

○ Die Wohnungsfrage zu lösen oder doch der Wohnungs-Kalamität der großen Städte ihre Schärfe zu nehmen, haben schon viele Philanthropen versucht, jedoch immer mit dem gleichen geringen Erfolg. So viele „gemeinnützige“ Genossenschaften man auch gegründet hat — die Massenquartiere weisen noch immer die alten verderblichen Eigenschaften auf und der Proletarier muß im Verhältniß zu seinem Einkommen seine finstere und enge Kammer immer noch theurer bezahlen, als der wohlhabende Mann seine freundliche Stube. Da und dort ist es gelungen, billige Arbeiterwohnungen zu beschaffen. Aber diese Erscheinungen müssen vereinzelt bleiben, weil die Wohnungsfrage sich nicht willkürlich abtrennen läßt von den übrigen sozialen Erscheinungen unserer Zeit. Boden- und Häuserwucher, Steigerung der Bodenrente um jeden Preis, Vernachlässigung aller sanitären Rücksichten und Pflichten — Alles das sind Auswüchse des Kapitalismus, der die Ausbeutung des besitzlosen Miethers genau so schonungslos betreibt, wie die der gemietheten Arbeitskraft. Nächst der Börsenspekulation überhaupt läßt der Häuser- und Bodenwucher den arbeitslosen Erwerb am üppigsten gedeihen und erzeugt bei den Hausbesitzern oftmals jene Brutalität, welche der Volksmund in dem Namen „Hauspascha“ treffend gekennzeichnet hat.

Wenn die Bodenrente nur eine besondere Form der kapitalistischen Ausbeutung ist — und darüber können nur Jene streiten, welche die sinnlose Behauptung aufstellen, daß es eine eigentliche Grundrente gar nicht gäbe — dann müssen die auf Selbsthülfe beruhenden Versuche, der Wohnungsnoth abzuhelfen, immer Stückwerk bleiben. Erst nach Beseitigung des ganzen kapitalistischen Systems läßt sich Raum gewinnen für eine neue Regelung des Wohnungswesens.

Ein Versuch, der Wohnungskalamität auf staatlichem Wege beizukommen, ist in diesen Tagen in Frankreich gemacht worden und zwar durch ein am 30. November in Kraft getretenes Gesetz. Es hat sich dabei gezeigt, daß was anderwärts die Selbsthülfe in dieser Sache nicht zuwege bringen kann, in Frankreich der Klassenstaat zu bewirken erst recht unfähig ist.

Die Leichtfertigkeit jener Bourgeois-Oekonomen in Frankreich, welche den ganzen Sozialismus niedergerannt zu haben glauben, wenn sie die kapitalistische Ausbeutung als „Freiheit der Arbeit“ bezeichnen, kommt in dem Gesetze über die Errichtung von Arbeiterwohnungen mit aller Schärfe zum Ausdruck. Bezeichnend ist schon, daß das Gesetz die Organisation, welche neu gebildet werden soll, dem übermäßig zentralisirten und schwerfälligen Verwaltungsapparat anpaßt, der Frankreich die Kehle zuschnürt. Damit müssen die Nachtheile dieser Zentralisation auch auf die neue Organisation übergehen. An büreaukratischer Plumpheit lassen die neu einzuführenden Ausschüsse für billige Arbeiterwohnungen, die auf Dekret des Präsidenten der Republik in jedem Departement gegründet werden können, auch nichts zu wünschen übrig. Denn die Ausschüsse sollen sich nicht direkt mit den Wohnungsunternehmungen beschäftigen, sondern nur „zur Bildung von Baugesellschaften und Privatunternehmungen zum gleichen Zwecke die Initiative ergreifen“. Das sieht beinahe aus, wie wenn es hauptsächlich auf die Schaffung von möglichst vielen neuen Ehrenämtchen und anderen Pöstchen ankäme.

Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse ist eine sehr sonderbare.

Stiftungen, Kredit-Genossenschaften u. s. w. können mit Genehmigung des Präfekten einen Theil des Stammvermögens, aber nur bis zu 20 pZt., zur Errichtung billiger Wohnungen verwenden und als Hypotheken dabei anlegen; ähnliche Bestimmungen sind für Depositen- und Lebensversicherungsgesellschaften getroffen. Wodurch unterscheiden sich nun diese Gesellschaften von Privatunternehmern oder Hypothekengläubigern privater Natur? In der Sache gar nicht, denn auch sie werden bestrebt sein, die Bodenrente und die Hypothekenzinsen möglichst zu steigern.

Die „Krönung des Gebäudes“ ist der § 5 des Gesetzes, welcher lautet:

„Den Baugesellschaften werden zur Förderung ihrer Zwecke folgende Vergünstigungen und Vortheile (Steuerbefreiungen) gewährt: Die erbauten Einzelhäuser sind gemäß dem Ges. v. 8. Aug. 1890 auf 5 Jahre von der Grundsteuer und von der Thür- und Fenstersteuer befreit, sofern der Nutzungswerth der Häuser folgende Beträge höchstens um ein Zehntel übersteigt: in Gemeinden unter 1000 Einwohner 90 Frks.; von 1001 bis 5000 E. 150 Frks.; von 5001—30 000 E. 170 Frks.; von 30 001—200 000 E. (40 Kilometer von Paris) 220 Frks.; in den Städten von 200 001 und darüber 300 Frks.; endlich in Paris 375 Frks. — Für die größeren und getheilt zu vermiethenden Häuser gelten dieselben Sätze auf die einzelnen Wohnungen berechnet. Die Steuervergünstigung hört aber sofort auf, wenn mit dem Hause eine solche Veränderung vorgenommen wird, daß es den Karakter eines billigen Arbeiterhauses verliert. Ebenso sollen die Theile der Gebäude, deren Besitzer gemäß dem Gesetz vom 4. August 1844 zur Personal-Mobiliarsteuer (contribution personnelle-mobilière) herangezogen werden, drei Jahre nach Vollendung des Baues nur mit dem zwanzigsten Theil ihres Miethewerthes besteuert werden. Ferner sind diese Baugesellschaften von den nach den Gesetzen von 1849 und 1875 zur Erhebung gelangenden Gebühren (taxes) befreit. Auch sind alle die Begründung oder Auflösung der Gesellschaften betreffenden vorgeschriebenen oder nothwendigen Verträge (actes) stempelfrei und gratis auszufertigen. Endlich sind die Gesellschaften, ebenso deren Theilhaber, und zwar nur solche, deren eingelegtes Kapital sich nicht höher wie 2000 Franks beläuft, von der Einkommensteuer frei.“

Interessant ist dabei zu ersehen, welche veraltete Steuergesetzgebung in der Bourgeois-Republik vorhanden ist. Alle die großen Staatsmänner von Gambetta bis Périer haben keine Zeit gefunden, wie es scheint, die Steuergesetze des Börsenkönigs Louis Philipp einmal gründlich durchzusehen.

Aber „Steuerfreiheit für Arbeiterwohnungen“! Das klingt verheißend — wenn es nur kein ganz gewöhnlicher „Mumpitz“ wäre, mit dem Berliner zu reden.

Sich Wohnungen als Eigenthum zu erwerben, ist heute für den Arbeiter nicht rathsam, da die schwankenden Konjunkturen ihn leicht zur Veränderung des Wohnsitzes zwingen und ein eignes Haus ihm zur Last machen können. Aber wenn er auch ein Haus durch Ratenzahlung erwirbt, so kann das nicht wohl in 5 Jahren geschehen, und die Steuerfreiheit kommt sonach dem Kapitalisten, resp. der Gesellschaft, die das Haus erbaut, zu Gute. Wenn der Arbeiter nur Miether ist — und das ist er der Regel nach — dann kann ihm die fünfjährige Steuerfreiheit wenig Nutzen bringen. Oder glaubt man, daß die Gesellschaften, mit deren Kapital die Häuser erstellt worden sind, aus „Humanität“ während der ersten fünf Jahre die Miethe um den Betrag der ausfallenden Steuern ermäßigen werden? Wer das glaubt, hat den Kapitalismus nie begriffen. Die Miethspreise werden sich einfach wie anderwärts durch die Einwirkungen von Angebot und Nachfrage regeln und den Vortheil von der Steuerfreiheit haben einfach die Unternehmer; sie streichen „zum Wohle der Arbeiter“ eine höhere Bodenrente ein. Der Klassenstaat schont und fördert die Interessen des Kapitalismus in dem „demokratischen“ Frankreich eben genau so zärtlich, wie anderwärts.

Das ist eine der Proben der „Sozialgesetzgebung“, welche Herr Casimir Périer so großspurig angekündigt hat. Wir haben gewiß alles Interesse daran, daß der Staat sich der Arbeiter annimmt; nach dieser Probe aber möchte man fast wünschen, daß in Frankreich nichts mehr unternommen wird, bis ein anderes System in die Regierung gelangt. Denn das Regiment Périer brächte es schließlich fertig, die Arbeiter zu ihrer „Entlastung“ auch noch mit neuen Spezialabgaben zu bepacken.

Von der Weltbühne.

Die Immunität der Reichstagsabgeordneten wird von der „Nordd. Allgem. Ztg.“ als Zielscheibe eines neuen Angriffs genommen. Das Ober-Reptil a. D. schreibt: „Die Blätter haben einen „dringlichen“ Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angekündigt, nach dem der Reichstag die Einstellung eines gegen den Abg. Stadthagen schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session verlangen soll. Alle Verfassungsinterpreten sind darüber einig, daß das Recht des Reichstages, die Einstellung der gegen seine Mitglieder schwebenden Strafverfahren zu verlangen, nicht ein persönliches Privilegium der letzteren darstellen, sondern verbürgen soll, daß die Mitglieder der Volksvertretung nicht behindert werden, an deren Arbeiten regelmäßig Theil zu nehmen, auch nicht durch strafrechtliche Untersuchungen, bis diese in das Stadium der Rechtskraft eines ergangenen Urtheils getreten sind. Der Abgeordnete Stadthagen verbüßt jedoch gegenwärtig eine gegen ihn rechtskräftig gewordene Gefängnißstrafe, wird also durch Fortführung einer gegen ihn schwebenden Untersuchung in keiner Weise in der Wahrnehmung parlamentarischer Pflichten behindert, da diese schon durch seine Strafhaft ausgeschlossen ist. Unter diesen Umständen gewinnt der Eingangs erwähnte Antrag die Bedeutung, ein parlamentarisches Privilegium in das persönliche eines Abgeordneten umzugestalten und läuft praktisch darauf hinaus, den Fortgang der Strafrechtspflege auch dann zu unterbrechen, wenn ein Interesse des Reichstages nicht in Frage stehen kann. Der Antrag würde also im Falle seiner Annahme eine für den Reichstag zwecklose Verschleppung der Strafjustiz bedeuten, ein Umstand, der bei der Beschlußfassung über ihn wohl in Betracht zu ziehen wäre.“

Hierzu bemerkt der „Vorwärts“:

„Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sollte doch nach ihrem letzten, so bösartigen Reinfall mit dem Zitiren von Staatsrechtslehrern unterlassen, sich auf Verfassungsinterpreten zu berufen. Sie hat auch diesmal kein Glück, denn der beste Verfassungsinterpret ist nach der Meinung aller Staatsrechtslehrer nicht der Mann auf dem Katheder oder der erste Staatsanwalt am Landgericht I in Berlin, auch nicht Herr Staatsanwalt Dr. Benedix, sondern der Reichstag selbst. Der Deutsche Reichstag hat aber in den letzten Wochen erst ein Strafverfahren gegen den Abgeordneten Stadthagen und im vorigen Jahre hat derselbe Reichstag die gegen den in Plötzensee sitzenden Abgeordneten Ahlwardt schwebenden Strafverfahren einstellen lassen. Der Reichstag ist der gleiche geblieben, die Regierung aber ist eine andere geworden, darum haben die Offiziösen jetzt eine andere Auffassung von der Immunität der Reichstags-Abgeordneten.“

Die Einstellung des Strafverfahrens wird verlangt, damit der Abgeordnete dann, wenn er die rechtskräftige Strafe verbüßt hat, an den Sitzungen theilnehmen kann. Dieses Vorgehen ist jetzt um so mehr nöthig, weil jetzt jeder sozialdemokratische Abgeordnete, gegen welchen ein rechtskräftiges Erkenntniß vorliegt, seine Haft antreten muß. Stadthagen wurde verhaftet und zum Strafantritt abgeführt, obwohl das gegen ihn gefällte Erkenntniß erst theilweise rechtskräftig war. Wenige Tage vor Weihnacht mußte Schippel seine dreimonatliche Gefängnißstrafe antreten und jetzt soll auch der Vertreter des 22. sächsischen Wahlkreises, Genosse Hofmann, eine vierwöchentliche Strafe antreten. Drei Sozialdemokraten sind hinter Schloß und Riegel und können in der nächsten Zeit nicht an den Abstimmungen theilnehmen.

Würde der Reichstag nicht die Einstellung der schwebenden Strafverfahren verlangen, dann würden zum Schlusse der Session noch mehr Sozialisten verhindert sein, ihre Wähler zu vertreten. Für die „Nordd. Allg. Zeitung“ und ihre Hintermänner wäre es vielleicht recht angenehm, und darum interpretirt sie die Verfassung und fälscht die Aussprüche von Staatsrechtslehrern. Ist erst die Immunität der Abgeordneten vernichtet, dann hat die Reaktion freie Bahn.

Die Eile, welche die Staatsanwaltschaften zeigen, die verurtheilten Abgeordneten hinter Schloß und Riegel zu bringen, sollte grade zu dem Gegentheil dessen, was die „Norddeutsche“ verlangt, Veranlassung geben, zur Durchsetzung der berechtigten Forderung, daß in Strafhaft befindliche Abgeordnete während der Dauer der Session zu entlassen sind.

Die sozialdemokratischen Turner sind dem neuen preußischen Minister des Innern, Herrn v. Köller, ein Dorn im Auge. Offenbar sind sie gefährliche „Umstürzler“ und da solchen, soweit sie roth sind, nach Kräften das gefährliche Thun gelegt werden muß, deshalb hat Herr v. Köller einen Erlaß in die Welt geschickt, der, wie so manche anderen, sich mit der Sozialdemokratie beschäftigenden Aktenstücke, auch auf der Redaktion des „Vorwärts“ prompt eingelaufen ist. Herr v. Köller schreibt:

Ministerium des Innern.
Berlin, den 24. November 1894.

Es ist bekannt geworden, daß die Anhänger der Sozialdemokratie neuerdings auch das Turnwesen als ein Mittel benutzen, ihren Einfluß auf immer weitere Kreise auszudehnen, . . . namentlich auf jugendliche Personen . . . . Gründung von Turnvereinen, die sich angeblich nur mit Turnen beschäftigen, in Wahrheit aber der sozialdemokratischen Organisation und Agitation dienen . . . 1893 zu einem deutschen Turnerbund in Gera zusammengetreten.

(Hierauf folgt eine längere Beschreibung der Organisation des Bundes, wobei darauf hingewiesen wird, daß das Organ des Bundes, die „Arbeiter-Turnerztg.“ in Leipzig, die „Förderung sozialistischer Umtriebe“ anstrebt.)

Es wird Bericht eingefordert, wie weit im Verwaltungsbezirke des Regierungspräsidenten N. N. ähnliche Erfahrungen gemacht sind, und in welcher Richtung nach Ansicht des Regierungspräsidenten N. N. etwa gegen den Arbeiter-Turnerbund vorzugehen sein möchte.

Zu unterscheiden sind drei Gruppen:

1. Die deutsche Turnerschaft, welche die Pflege vaterländischer Gesinnung als Vereinszweck anerkennt.
2. Der deutsche Turnerbund, welcher seinerzeit wegen ausgesprochener antisemitischer Tendenz von der Turnerschaft ausgeschlossen wurde. Mittelpunkt Wien.
3. Arbeiter-Turnerbund Deutschlands, welcher im Dienste der sozialdemokratischen Organisation steht. — — —

Im Einvernehmen mit dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ist von Seiten der Unterrichtsverwaltung gegen das Treiben staatsgefährlicher Turnvereine durch drei Maßnahmen entgegen zu wirken gesucht worden, und zwar

1) durch Verbot der Theilnahme von Schülern und Schülerinnen,

2) durch ablehnende Haltung etwaigen Gesuchen gegenüber, um Gestattung der Benutzung von Turnräumen und Turngeräthen, die Schulen gehören,

3) durch Fernhaltung solcher Personen von den staatlichen Kursen zur Ausbildung von Turnlehrern und -Lehrerinnen, sowie von Turnlehrer- und -Lehrerinnen-Prüfungen, die möglicherweise die Leitung des Turnunterrichts in den nicht zur deutschen Turnerschaft gehörenden Vereinen übernehmen könnten.

Der Minister des Innern.
v. Köller.

An die
Regierungs-Präsidenten.

Schaden werden die Arbeiter-Turnvereine von dem Erlaß wohl kaum nehmen. Er ist aber ein bezeichnendes Symptom der Stimmung in Regierungskreisen. So lange das Bürgerthum oppositionell war, wurden seine Turnvereine als staatsgefährlich angesehen. Nach dem großen Siegesrausch von 1870/71 ging die Turnerei in der jammervollsten Hurrahschreierei auf und sie galt den „Staatsmännern“ nicht mehr als gefährlich. Nun sich auch die Arbeiter zur Kräftigung ihrer Gesundheit und der nachfolgenden Generationen dem Turnen widmen und zwar in Gemeinschaft mit ihren Klassengenossen, weil sie den öden und blinden „patriotischen“ Dusel, dem die bürgerliche Turnerei verfallen ist, hassen, wärmt man die alten Praktiken wieder auf. Nun viel Glück, Herr Minister!

Mehr Anstrengung als die Errichtung der Wunderwerke des Alterthums erfordert die Reform des Militärstrafprozesses. Daß die geltende Militärstrafprozeßordnung nicht mehr dem Rechtsgefühl des Volkes entspricht, empfindet Jeder und so wurde bald nach Gründung des Deutschen Reiches das große Wort gelassen ausgesprochen, daß die Militärstrafprozeßordnung reformirt werden solle. Die Kriegsminister, welche das Versprechen abgegeben haben, verließen der Reihe nach ihren Posten, und das gegebene Versprechen wurde von dem Nachfolger wiederholt. Der „Stuttgarter Beobachter“ schrieb, wie berichtet, dieser Tage, daß die Reform des Militärstrafprozesses auf unabsehbare Zeiten vertagt worden sei. Diese Nachricht soll, wie die „Nordd. Allgem. Zeitung“ hört, auf Erfindung beruhen. An keiner der in Betracht kommenden Stellen weiß man etwas Anderes, als daß die Arbeiten für die Reform ihren Fortgang nehmen.

Man weiß, daß die Arbeiten ihren Fortgang nehmen! Aber zu welchem Resultat werden sie führen? Unser ganzes Militärsystem ist darauf aufgebaut, daß der Untergebene dem Vorgesetzten blind gehorchen muß. Die Gleichheit, ohne welche man keine Gerechtigkeit denken kann, ist im Militarismus nicht vorhanden. Ohne Bruch mit dem ganzen System wird eine dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechende Reform nicht geschaffen werden können. Da man nicht mit dem System brechen will, wird es gleichgültig sein, ob die Arbeiten vertagt sind oder nicht, das Resultat wird in beiden Fällen ein negatives sein.

Gegen die „sozialpolitischen Lasten“ lassen die industriellen Unternehmer erneut Sturm. Wie die Veröffentlichung eines Rundschreibens vom Verband deutscher Metallindustrieller in der Frankfurter „Volksstimme“ ergiebt, will man die „persönlichen Erfahrungen“ der Fabrikanten gegen die sozialpolitische Gesetzgebung und vor Allem gegen deren Weiterführung in's Feld führen. Mitleiderweckend wird in dem Rundschreiben geklagt:

„Die Lasten, welche die sogenannte sozialpolitische Gesetzgebung der Industrie auferlegt, mehren sich von Tag zu Tag. Noch sind die zahlreichen Mängel nicht beseitigt, an welchen zweifellos die bisher erlassenen Gesetze und insbesondere die Ausführungsbestimmungen zu denselben leiden, und schon wieder geht die Regierung daran, durch Erweiterung der Unfallversicherung die auf diesem Gebiete anscheinend bestehende Verwirrung zu vergrößern. Neben den pekuniären Auflagen sind es vor Allem die durch unendliches Schreibwerk und unfruchtbare Verhandlungen hervorgerufenen Zeitverluste, welche die Thätigkeit des Industriellen wesentlich beeinträchtigen. Es erscheint demgegenüber geboten, daß die bereits bestehenden Gesetze reformirt, in der Weiterführung der „Sozialreform“ aber eine Pause gemacht werde.

„Zahlreiche sozialpolitische Enthusiasten und theoretische Schwärmer beeinflussen fortgesetzt die Regierung und leider auch die Mitglieder der Volksvertretungen. Die industrielle Praxis hat sich bisher an der fortgesetzten Diskussion über die „Lösung der sozialen Frage“ verhältnißmäßig wenig betheiligt; sie findet Angesichts ihrer anstrengenden Thätigkeit nur selten die Zeit hierzu; auch besitzt nicht jeder Arbeitgeber die eingehende Kenntniß der Gesetzgebung und Verwaltung, über welche die sachmäßigen Theoretiker verfügen. Dagegen steht dem Industriellen ein werthvolleres Material zur Verfügung, welches geeignet ist, auch die glänzendsten Darlegungen der sozialpolitischen Ideologen zu widerlegen: Das sind die jeweiligen Erfahrungen, welche er innerhalb seines Betriebes bei Anwendung der einschlägigen Gesetzgebung gemacht und erlitten hat.“

Zur Hebung des „Materials“ wird schließlich um Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1) Welche Konflikte und Weiterungen sind Ihnen auf Grund der sogenannten sozialpolitischen Gesetzgebung (die Thätigkeit der Gewerbegerichte, der Fabrikinspektoren u. s. w. einbegriffen) mit Behörden, Arbeitern oder Beauftragten erwachsen oder bekannt geworden? (Möglichst genaue Darstellung der angegebenen Fälle erbeten.)

2) Welche Wünsche und Erfahrungen haben Sie insbesondere auf dem Gebiete des Lehrlingswesens und Fortbildungswesens zu verzeichnen?

3) Wie hoch beläuft sich die jährliche sozialpolitische Belastung Ihres Betriebes sowohl in der Gesammtsumme, wie auch in Prozenten der wirklich gezahlten Lohnsumme auf (Grund der Lohnnachweisungen für die Berufsgenossenschaften):

a. Krankenversicherung?
b. Unfallversicherung?
c. Alters- und Invalidenversicherung?

4) Wie groß ist die Durchschnitts-Anzahl der Arbeiter Ihres Betriebes?

Das ist also die Art und Weise, wie die Industriebarone das „überraschende Bild von der Wirkung der sozialpolitischen Gesetze“ zu Stande bringen wollen. Aus jedem Wort spricht die größte Gehässigkeit gegen diese Gesetze, aus jeder Zeile klingt die Aufforderung heraus, nur recht viele „Konflikte und Weiterungen“ vorzubringen.

Der Entwurf von Ausnahmebestimmungen über die Sonntagsruhe für die Industrie wird, wie die „Nordd. Allg. Zeitung“ berichtet, nachdem er die zweite Lesung in dem zuständigen Ausschuß passirt hat, an welchen er verwiesen worden war, demnächst das Plenum des Bundesraths beschäftigen. Bei dieser Gelegenheit dürfte dann auch die Festsetzung des Termins stattfinden, zu welchem die Sonntagsruhe für die Industrie gesetzliche Kraft erhält.

1891 ist das Gesetz vom Reichstage angenommen. Seit dieser Zeit hat die Regierung untersucht und geforscht, in welchen Industriezweigen und bei welchen Gelegenheiten Ausnahmen zugelassen werden sollen. Bei der bekannten Rücksicht, welche die Regierungen auf die Interessen der Kapitalisten nehmen, läßt sich erwarten, daß das Gesetz nur dort eine Sonntagsruhe festsetzen wird, wo sie jetzt schon besteht. Vier Jahre hat die Regierung Ausnahmebestimmungen gemacht, wenn da nicht die Ausnahme zur Regel geworden ist, müßte man sich sehr wundern.

Der Parteitag für das östliche Westfalen und die beiden Lippe findet am 13. Januar d. J. in Bielefeld mit folgender Tagesordnung statt: 1) Bericht des Agitationskomites. 2) Bericht des Kassirers. 3) Agrarfrage und Landagitation. 4) Presse. 5) Anträge. 6) Wahl des Agitationskomites sowie Sitz desselben.

Stürmische parlamentarische Szenen sind jetzt überall an der Tagesordnung. Sie sind ein Zeichen der allgemeinen Zerrissenheit und der scharfen wirthschaftlichen Interessengegensätze, die in der Zuspitzung der politischen Parteigegensätze zum Ausdruck kommen. Auch im niederösterreichischen Landtag kam es am Freitag zu stürmischen Szenen, die sich zu großen Skandalen auswuchsen. Anläßlich des Antrages gegen die Erhöhung der Verpflegsgebühr in den Wiener Spitälern sagte der Antisemit Gregorig u. A.: „Wir hoffen, daß einmal die Judengüter von Staatswegen eingezogen werden. Die Wiener Universität ist heute ein an einem Nothnagel hängendes Mauscholeum.“ Der Rektor der Wiener Universität, Prof. Müllner, ein katholischer Priester, wies die Angriffe des Vorredners auf die Universität sowie die antisemitischen Auslassungen sehr scharf zurück und berief sich auf das Urtheil Dantes und des Thomas von Aquino über die Juden. Wenn er auch als Lehrer Spinoza bekämpfe, so neige er sich doch vor diesem großen Geiste und diesem edlen Menschen. Den Mathematiker Jacobi könne man nicht aus der Geschichte der Wissenschaft streichen, blos weil er Jude sei. Die Antisemiten begleiteten die Rede mit höhnischen Zurufen. Lueger erwiderte, der Rektor schließe die Augen vor den Zuständen an der Wiener Universität; an der medizinischen Fakultät seien über die Hälfte der Studenten Juden, und es herrsche ein Kliquenwesen, daß Christen gar nicht aufkommen können. Müllner: „Beweisen Sie es!“ Lueger: „Traurig, wenn ein Rektor sich zum Vertheidiger des Judenthums aufwirft und ein katholischer Priester den Beifall der Judenliberalen sucht!“ Die Antisemiten brachen in einen Beifallssturm aus, in den auch die Gallerien

---

Der Schatz des „Vulkan“.

Roman von H. Rosenthal-Bonin.
(Nachdruck verboten.)
(25. Fortsetzung.)
16.

Man befand sich Ende Juli, der Hochsommer war da. Auf dem Festlande hinter Venedig reifte die Traube unter der glühenden Sonne, färbte sich die Feige tief blau, in der Sumpfebene ward unter der feuchten Hitze der Reis an den Millionen schlanken Halmchen fest und weiß, und die Pfirsichbäume hingen voll buntsammtener Früchte. Der Bauer bereitete sich zur Ernte vor, denn das Getreide war gelb und die Aehren hingen schwer voll Korn herab. In Venedig merkte man von all' dem nichts. Grünes und Früchte sah man nur auf dem Markte. Ueber der Stadt brütete glühender Sonnenschein und röstete das Pflaster der Plätze, die tagsüber so leer und so gemieden waren, daß selbst die Katzen schneller darüber hingingen, um aus der Sonne zu kommen. Von den Kanälen stieg dunstiger Brodem auf, der nach Schlamm und Fischen roch und die Bewohner, welchen ihre Vermögenslage es erlaubte, verbrachten den Tag in träger Ruhe in ihren hohen steinernen Zimmern, bei geschlossenen Läden; die dreißigtausend Bettler der Stadt lagen im Schatten der Hauseingänge und kauten Kürbiskerne, die Gewerbsleute hatten sich tief in ihre Gewölbe zurückgezogen und arbeiteten dort, gegen das Eindringen der Sonne durch alle möglichen Vorhänge geschützt.

Venedig schien mit weitoffenen Augen den Sommerschlaf zu halten. Gegen fünf erwachte das Leben, die Tauben flatterten wieder schimmernd und schillernd über den Markusplatz, die Kürbisschnittverkäufer schrieen ihre Waare aus; die Gurken-, Zitronen-, Quitten-, Orangen- und Feigenhändler wetteiferten mit ihnen im Brüllen, indem sie die schmalen Gassen zwischen den Kanälen durchliefen, die Wasser- und Eisverkäufer bevölkerten die Volksquartiere, die Fensterläden der Häuser öffneten sich und die Inhaber der Gold-, Silber- und Glasläden des Marktplatzes traten aus ihren Gewölben und sahen sich nach Kunden um. Auch die Briefträger eilten wieder durch die Gassen.

Wir sehen einen dieser sehr jungen, behenden und sauber gekleideten Männer einen Schiffer auf dem Wasserbecken an der Mündung des Rio di San Felice, wo Herr Felix Lombardi wohnte, anrufen — in Italien sieht man Rufen.

Der Schiffer kam mit einem Kahn herbei und setzte ihn über und der Briefbote rührte den Klopfer an dem bekannten Hause.

Das Balkonfenster öffnete sich oben, beim Anblick des Briefträgers ließ der Hausknecht, nach Landessitte, einen Korb an einer Schnur hinab, der Briefträger legte den Brief hinein und der Korb schwebte nach oben. Der Brief war an Fräulein Lombardi, er kam weit her, von fernen Landen, von Spiekeroog.

Er war von Geschke und wir dürfen Einsicht davon nehmen — er lautete:

„Liebste Flora!

„Ich habe Dir jetzt seit drei Monaten nicht geschrieben; damals war Frühling, jetzt haben wir Sommer. Bei Euch dort unten wird es wohl schöner sein. Auch bei uns ist es recht hübsch; der Himmel ist oft sehr blau, die Wolken freundlich. Ich schaue aus dem Fenster; auf dem Grasflecken nach dem Watt zu weidet das einzige Pferd der Insel. Du weißt, sein Beruf ist, das Rettungsboot schrecklichen Andenkens zum Strand zu ziehen. Etwas weiter davon die zehn Kühe friedlich mit den vier Ziegen, die immer noch alle leben. Kinder suchen Gänseblümchen und die Staare Würmer; die Einwohner gehen wieder barfuß und die Männer haben die wollenen Shawls nur einmal um den Hals gewickelt. Sie sind jetzt alle draußen auf dem Heringsfang und aus dem entgegengesetzten Fenster unseres Hauses erblicke ich durch den Einschnitt der Dünen ein Stück graublauer See mit ihren weißschimmernden Segeln. Das wird Dich an Dein Zimmer erinnern, es ist das, in dem ich schreibe, und führt meine Gedanken zu Deinem hohen „Steinsalon“, in welchem ich in nicht zu langer Zeit neben Dir zu sitzen hoffe. Unsere geplante Reise wird nun doch Wirklichkeit und Ihr werdet bald die so leichtsinnig heraufbeschworene Einquartierung haben. Freilich, so schnell noch nicht. Wir reisen zuerst nach Paris; es ist dies ein langgehegter Wunsch von mir, bleiben dort unbestimmte Zeit und werden dann durch die Schweiz und Tirol zu Euch hinunterkommen. Das wird im September sein, also erst wohl in zwei Monaten. Du hast demnach Zeit, Liebste, Dich und Deinen verehrten Onkel auf den Schreck vorzubereiten. Mein Vater ist wieder leidlich gesund, freilich hat ihm die endlose Krankheit viel von seiner alten Frische genommen, wir hoffen aber, daß sie durch dies Reisejahr und den Aufenthalt über den Winter in Eurer Lagunenstadt einigermaßen zurückkehren wird. Vater läßt Dich auf das Herzlichste grüßen. Er gedenkt Deiner stets mit Liebe und bittet Dich, Deinem Onkel die besten Grüße zu bestellen. Hast Du keine Nachricht vom Steuermann Ritschard? Du weißt, daß ich mich für diesen Mann interessire, weil Du Dich für ihn interessirst und er ja zu jenem Schiffe „Vulkan“ gehört, dessen Schicksale tief in meine Seele eingeschrieben sind. Von Paris aus will ich Dir dann unsere Adresse mittheilen, und es wird mich herzlich freuen, einen Brief daselbst von Dir zu empfangen.“

Das Schreiben schloß mit vielen Freundschafts- und Liebesbetheuerungen.

Flora erhielt ihn in ihrem „Steinsalon“ und er rief mit einem Male hier in Venedig jene schreckenvolle Zeit, die sie letzten Herbst dort und auf der Insel durchgemacht, lebhaft in ihr Gedächtniß zurück. — „Die Strandung, die Rettung, der jähe Verlust meines Vermögens, Alles schien mir damals und scheint mir noch jetzt wie ein beängstigender Traum,“ sprach Flora zu sich. „Leider war es jedoch kein Traum, denn ich bin arm und Ritschard besitzt auch nichts, und ob der Onkel hier in eine Verbindung mit dem ganz Vermögenslosen willigen wird, ist sehr die Frage. Ich danke seiner Güte viel, denn er hält mich, als wäre ich seine Tochter. Zwar geht die Fabrik jetzt gut,“ spann Flora ihre Gedanken fort, „jener seltsame Mann kam wie ein Erlöser und wirkte wahrhaft wie ein Zauberer — die Italiener haben nicht so ganz Unrecht. — Aber ob der Onkel, dessen Kapitalien so stark in Anspruch genommen sind, mir so viel mitzugeben vermag, daß ich Charles heirathen kann — ob er es will? — ich wäre mit einem bescheidenen Loos zufrieden — das scheint mir zweifelhaft. Ich habe noch gar nicht gewagt, ihm nur anzudeuten, daß mein Herz schon gesprochen hat. Onkel hingegen preist mir auffallend viel, oft und eindringlich die Vorzüge jenes Mannes, den ich beinahe zu sehen mich jetzt fürchte.“

So sann Flora, das Schreiben vor sich auf dem Schooße, in tiefem Denken verloren und ihr Herz war bedrückt und schwer, je mehr sie an die Zukunft dachte.

Der Tag, welcher für den Besuch der Fabrik bestimmt worden, war gekommen.

Herr Lombardi hatte Willem von dem bevorstehenden Besuch seiner Nichte verständigt und dieser sich nicht grade sehr erfreut darüber gezeigt. Er erwiderte zwar höflich darauf, daß es ihm Freude machen würde, die Nichte des Herrn Lombardi kennen zu lernen; sein Gesichtsausdruck wies jedoch etwas wie Mißstimmung über diese Behelligung auf. Herr Lombardi, in seiner raschen, sanguinischen Art, alle Dinge zu erledigen, hatte davon nichts bemerkt. Es machte ihm fast Spaß, den menschenscheuen Ingenior aus seiner Zurückgezogenheit und seinem wissenschaftlichen Sinnen und Träumen durch seine schöne Nichte aufzuscheuchen.

Heiter, mit der ernsten und gedankenvoll blickenden Nichte scherzend, fuhr Herr Lombardi von Venedig ab.

Die Gondel fuhr am Portal des Vorderhauses an und in diesem empfing Willem Herrn Lombardi, der Flora am Arme führte. Es herrschte in dem hochgewölbten Gange ein Dämmerlicht; Willem warf einen Blick auf die Dame und ward seltsam berührt durch ihre Züge. Sie kamen ihm bekannt vor; wo hatte er nur diese Dame schon gesehen?

Man trat aus dem Durchgang in den hellen Hof; das Sonnenlicht fiel auf Flora, Willem schaute sie scharf prüfend an; er wollte darauf schwören, dieser Dame schon einmal begegnet zu sein. Er konnte sich jedoch nicht denken wo. Flora zeigte sich beim ersten Anblick des gerühmten Mannes sichtlich erschreckt. Wie sah er Charles ähnlich! Nur war seine Haltung steif, sein Blick unsicher, sagte sie sich. Sie gestand sich, daß die Erscheinung dieses Mannes sie peinlich berührte. „Weshalb nur?“ überlegte sie sich. „Er ist doch ein auffallend schöner Mann; sein Gesicht ist sanft und gleicht ja Charles so seltsam. — Vielleicht ist es grade diese Aehnlichkeit, vielleicht die Vorstellung, daß ein anderer Mensch dem von mir geliebten Manne so wunderbar gleich sieht, was mich so unruhig macht und mir die Gegenwart dieses höflichen, fein sich bewegenden Mannes, dem mein Onkel so viel Dank schuldig ist, verleidet. — Möglicherweise auch der Gedanke, daß der Onkel eine Verbindung zwischen uns wünscht, was mein Herz jetzt bedrückt und meine Sinne umwölkt.“ So bestrebte sich Flora, während Willem sie in dem Laboratorium und in der Fabrik umherführte und das Interessanteste ihr zeigte, sich den gradezu unheimlichen Eindruck, den der Fremde auf sie machte, zu erklären.

Willem sprach scheinbar ruhig, jedoch sein Herz strafte seine angenommene Gleichgültigkeit Lügen. Dieses Gesicht, diese Gestalt brannte in seine Sinne sich ein mit berückender Gewalt, mit dämonischer Macht. Es wurde ihm heiß und kalt, so oft er einen Blick auf die neben ihm Wandelnde warf. Er fand sie wunderbar schön und interessant; unheimlich